

# Königsberger Hartungsche Zeitung.

## Waffenstillstandsbedingungen: Deutschlands Heer fortan 250 000 Mann. Spartakus im Ruhrgebiet. — Braunschweig. — Zwei gekaperte deutsche Offseedampfer.

### Die Offfront-Wahl ungiltig?

Man schreibt uns aus Berlin: Ueber Königsberg kommt die Nachricht von der Offfront, daß bei der Wahl im besetzten Gebiet zwei Kandidaten der sozialdemokratischen Partei in die Deutsche Nationalversammlung gewählt worden sind, und daß dadurch die Stärke der sozialdemokratischen Fraktion in Weimar auf 165 gestiegen ist.

Diese Nachricht wirkt überraschend. Allerdings heißt es im § 9 des neuen Reichswahlgesetzes wörtlich: „Für den Fall, daß sich am Wahltag noch größere geschlossene Truppenverbände außerhalb des Reichs befinden, bleibt der Erlass einer besonderen Verordnung vorbehalten, wonach die Angehörigen dieser Truppenverbände nach ihrer Rückkehr, gegebenenfalls zugleich mit den Kriegsgefangenen, die erst nach dem Wahltag zurückkehren, in einer besonderen Nachwahl Abgeordnete zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung wählen.“ Diese Nachwahl für größere geschlossene Truppenverbände außerhalb des Reichs soll, wie es im Reichswahlgesetz wörtlich heißt, erst „nach ihrer Rückkehr“ stattfinden. Der Vortragende Rat im Reichsamt des Innern Geh. Oberregierungsrat Dr. Alfred Schulze, der das neue Wahlrecht im amtlichen Auftrage erläutert hat, sagt in seinem Kommentar, daß die Angehörigen geschlossener Truppenverbände außerhalb des Reichs „nach ihrer Rückkehr zusammen mit den Kriegsgefangenen“ in einer besonderen Nachwahl Abgeordnete wählen dürfen. Er hat auch hervorgehoben, daß mehr als dieser Grundsatz im neuen Wahlgesetz nicht ausgesprochen werden konnte, „weil der Wahltag, die Zahl der zu wählenden Abgeordneten und die ganze Organisation der Wahl von Verhältnissen abhängt, die bei Erlass des Reichswahlgesetzes nicht zu übersehen waren.“

Anßerdem wird im neuen Wahlgesetz angefügt, daß für diese Nachwahl für Truppenverbände und Kriegsgefangene „der Erlass einer besonderen Verordnung vorbehalten sei.“ Ueber diese Verordnung ist bisher nichts bekannt geworden. Wann ist sie erlassen, und wo ist sie veröffentlicht worden? Inwiefern unterscheidet sie sich etwa von der allgemeinen Wahlordnung zum neuen Wahlgesetz? Alle diese Fragen erfordern eine amtliche Beantwortung.

Von der Offfront erfährt man über Königsberg nur: Bei der Wahl im besetzten Gebiet hat sich der größte Teil der Truppen der Wahl enthalten, weil sie zum Teil gerade im Abtransport begriffen waren und die Truppen der Heeresgruppe Rhein und der Eisenbahnpolizei aus Kameradschaftlichkeit ebenfalls nicht zur Wahl schreiten wollten.“ Hiernach hat sich die Wahl der beiden Soldaten-Abgeordneten für Weimar „im besetzten Gebiet“ und nicht nach der Rückkehr, sondern während die Truppen „zum Teil gerade im Abtransport begriffen waren“, vollzogen. Die Wahl widerspricht also den ausdrücklichen Vorschriften des neuen Wahlgesetzes. Nach den Mitteilungen über Königsberg haben überhaupt im ganzen nur 13 307 Soldaten, von denen noch 309 ungültige Stimmen abgegeben haben, sich an der Wahl beteiligt. Dabei haben geteilt 7804 für die sozialdemokratische Liste, 1945 für die unabhängige Sozialdemokratie, 1691 für die Deutsche demokratische Partei, 1389 für eine parteilose Liste und schließlich noch 62 für die Deutsche nationale Volkspartei, 74 für die Deutsche Volkspartei und 43 für die Christliche Volkspartei. Diese 13 000 Soldaten haben 2 Abgeordnete gewählt, während in Berlin die Deutsche demokratische Partei, auf deren Liste 177 555 Stimmen entfallen sind, auch nur 2 Mandate erhalten hat. Wenn nicht schon früher amtliche Aufklärung über die Art dieser Wahl an der Offfront gegeben wird, darf mit aller Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß darüber in der Nationalversammlung in Weimar noch Auskunft gefordert werden wird.

Eine besondere Nachwahl ist nun auch noch für die Kriegsgefangenen erforderlich. Leider hat es den Anschein, daß diese Nachwahl sobald nicht vollzogen werden kann. Denn bis unsere Kriegsgefangenen in die Heimat zurückgeführt sind, dürfte noch geraume Zeit vergehen und die Nationalversammlung in Weimar ihre Aufgabe schon erledigt haben; wahrscheinlich dürften sogar auch schon wieder Wahlen zur ersten ordentlichen Nationalversammlung stattgefunden haben.

### Fochs Bericht im Obersten Kriegsrat.

#### Die endgültigen Bedingungen.

Paris, 17. Februar. (Diplomatischer Situationsbericht.) Noch referierte am Montag vor den Vertretern der Großmächte über die Annahme des Waffenstillstandsvertrages durch Deutschland.

Zu dem Waffenstillstandsabkommen sei noch zu bemerken, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Abmachung handle. In den nächsten Tagen werde ein definitiver Waffenstillstandsvertrag vorgelegt werden, der bis zum Abschluß eines Präliminarvertrages Geltung haben solle. Deutschland werde danach nur eine Militärmacht von 250 000 Mann zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung besitzen dürfen. Alles Kriegsgüter soll mit den Kriegsindustrien der Entente unterstellt werden. Die Sonderkommission hat ihre Arbeiten für diesen Antrag bereits beendet und das Ergebnis wird den Vertretern der Großmächte nächstens vorgelegt werden. Es sei nötig, daß Foch in der Lage sein wird, die Bedingungen den Deutschen bereits nächsten Donnerstag bekannt zu geben. Die Sitzung war durch die Verzögerung ganz ausgefüllt, so daß die übrigen Fragen eine Verzögerung erlitten, doch sei zur Weiterberatung noch das Unterjudungsresultat abzuwarten.

New York, 18. Februar. Die „Times“ berichtet, daß die amerikanische Delegation entrüstet sei wegen der intensiven Propaganda der Franzosen, die zum Ziele habe, den Friedensschluß zu verzögern. Die amerikanische Delegation wolle deshalb vorschlagen, die Friedenskonferenz nach einem Ort außerhalb Frankreichs zu verlegen. Es handle sich nicht um eine veringelte Stimme, sondern um ein Konglomerat der „Press“. Auch „Washington Post“ spricht von einer Obstruktionspolitik der französischen Presse.

### Brockdorff-Rantzau und Erzberger.

Berlin, 18. Februar. (Privattelegramm.) Wie wir zuverlässig hören, wird die Waffenstillstandskommission auch künftig nicht dem auswärtigen Amt unterstellt werden, jedoch hat sich der Staatssekretär des auswärtigen Amtes Graf Brockdorff-Rantzau die Oberleitung über die Verhandlungen vorbehalten. In allen entscheidenden Fragen wird natürlich die Nationalversammlung befragt werden.

### In der Offsee gekapert.

B. D. Kiel, 19. Februar. Der Hamburger Dampfer „Else“, mit Salz nach Memel bestimmt, und der Kieler Schlepper „Berger I“ sind von dem französischen Zerstörer „Dillonne“ in der Offsee gekapert worden. Der Zerstörer traf mit beiden Schiffen in Holtenau ein und ging mit ihnen durch den Kanal nach einem französischen Hafen weiter. Gegen die Beschlagnahme des „Berger I“ hat das Stationskommando Einspruch erhoben, weil der Schlepper sich auf einer Demobilisationszweck dienenden Fahrt befand. („Post.“)

### Zum Rücktritt Vanselow's.

B. D. Berlin, 19. Februar. Kapitänleutnant z. S. Vanselow läßt telegraphisch der „Vossischen Ztg.“ aus Weimar folgende Erklärung abgeben: „Leser in „Flugpost“ Nr. 69, daß ich meine Demission angeboten hätte in der Erwartung, daß in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung die Veranlassungen des Staatssekretärs Erzberger katastrophale Folgen zeitigt hätten. Die Nachricht ist falsch. Ich erbitte Richtigstellung. Gleichzeitig verbreitet das „Voss-Büro“ folgende Meldung: „Wie wir hören, ist an Stelle des Kapitän z. S. Vanselow der Korvettenkapitän Hinzmann vom Reichsmarinemuseum zu der Waffenstillstandskommission kommandiert worden.“ Danach kann sich das Dementi von Kapitän Vanselow nicht auf die Tatsache seines Rücktritts beziehen, sondern nur auf die Begleitumstände.

### Der Streik im Industriegebiet.

B. D. Berlin, 19. Februar. Aus dem Ruhrrevier kommen widersprechende Nachrichten. Offenbar fehlt es an einer richtigen Kontrolle, so daß es den Spartakisten gelingt, aufgebauerte Maschinen nachrichten in die Welt zu schicken. Bei kritischer Prüfung der Nachrichten kommt man indes zu dem bestimmten Eindruck, daß der Generalstreik als solcher gescheitert ist, und daß auch dort, wo eine mehr oder weniger allgemeine Arbeitseinstellung erfolgt ist, lediglich der Zwang einer terroristischen Minderheit den Ausschlag gegeben hat. („Post.“)

Der „Morgenpost“ zufolge nahm die Zahl der feiernden Arbeiter in den letzten 24 Stunden ganz bedeutend zu. Gestern morgen ruhte die Arbeit auf nicht weniger als 63 Schachanlagen.

Essen, 18. Februar. Es tritt immer deutlicher zutage, daß die Bergarbeiter von den Bestrebungen der Spartakisten und von dem ihnen geplanten allgemeinen Ausstand nichts wissen wollen. Bemerkenswert sind in dieser Hinsicht die Vorgänge, die sich heute auf den Zechen „Prinzregent“ und „Julius Philipp“ in Bochum abgespielt haben. Die Belegschaften waren heute morgen durch bewaffnete Spartakisten an der Eisfahrt verhindert worden. Darauf wurde eine Belegschaftsversammlung abgehalten, in der von der Belegschaft der Zeche „Prinzregent“ 967 Vergleute gegen 37 für, von der Zeche „Julius Philipp“ 198 gegen 4 für den Ausstand stimmten. Die Arbeit soll morgen wieder aufgenommen werden. Die beiden Hauptredner, von denen einer nicht zur Belegschaft gehört, sind von den erhobten Vergleuten berort verhört worden, daß sie in das Bergmannsheim in Bochum gebracht werden mußten.

### Der Viererband droht das Streikgebiet zu besetzen.

B. D. Amsterdam, 19. Februar. Nach einer Meldung aus Paris hat sich der alliierte Kriegsrat mit der kritischen Lage im Ruhrrevier beschäftigt. Wie verlautet, soll, falls durch die spartakistischen Umtriebe das linksrheinische Gebiet ohne Kohlen bleibt, eine Kündigung des Waffenstillstandsabvertrages mit dreitägiger Frist ins Auge gefaßt werden und das Ruhrgebiet von Truppen der Alliierten besetzt werden. („D. Z.“)

### Die Polizei in Mülheim entwaffnet.

B. D. Mülheim, 19. Februar. Von Düsseldorf ankommende Spartakisten entwaffneten in der vergangenen Nacht trotz des Einspruchs des Arbeiterrates die Polizei. Die Geschütze und Minenwerfer wurden nach Dortzen zum Kampfe gegen die Regierungstruppen gebracht. Die Mehrheitssozialisten und amtliche Gewerkschaften wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen den Generalstreik und fordern zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. („D. Z.“)

### Erfolge gegen Spartakus in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 18. Februar. Durch die städtische Sicherheitswehr und Polizei wurden die Spartakisten von den öffentlichen Gebäuden vertrieben. Die Spartakisten wurden größtenteils entwaffnet und aus den A- u. S-Räten entfernt. Die städtische Polizei wurde wieder mit Waffen versehen.

### Gegen Spartakus in Nürnberg.

Nürnberg, 18. Februar. Im Laufe des Nachmittags wurde das Generalkommando von der am Sonntag eingebrungenen terroristischen Soldateska befreit.

Nürnberg, 18. Februar. Der „Frankische Kurier“ ist seit heute morgen wieder befreit.

### Die Spartakisten im Nürnberger Generalkommando.

Nürnberg, 18. Februar. Im Laufe des Nachmittags wurde das Generalkommando von der am Sonntag eingebrungenen terroristischen Soldateska befreit. Die Eindringlinge hatten dort in bestialischer Weise gehaust. Gestern Abend fanden zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten Verhandlungen statt. Die Führer der ersteren erklärten, daß es ihnen ferngelegen habe, einen Riß zu veranlassen, bestritten aber nicht, daß Unabhängige den Riß unterstellt haben. Eine auf heute Vermittlung einkommene Massenversammlung war von Zehntausenden aus fast allen Schichten der Nürnberger Einwohnerschaft besucht. In den Fabriken stellten die Arbeiter und Angestellten zum Zeichen des Protestes die Arbeit ein.

### Beamtenräte.

Berlin, 19. Februar. Im preussischen Kabinett wurde, laut „Berl. Tageblatt“, auch eine Verordnung verabschiedet, die die Einsetzung von Beamtenräten vorsieht. Sie sollen die beruflichen Interessen der Beamenschaft vertreten.

### Vereinfachung des Räteystems in Danzig.

Danzig, 17. Februar. Zwischen dem Vollzugsausschuß für Westpreußen und dem Generalkommando des 17. A.-K. bestand bekanntlich ein Streit wegen der Neuordnung der Kommandogewalt. Der Vollzugsausschuß hatte beschlossen, die Anordnung des Kriegsministers für Westpreußen außer Kraft zu setzen. Jetzt ist eine Einigung zwischen diesen beiden Instanzen in der Weise erfolgt, daß die kriegsministerielle Anordnung auch für das 17. A.-K. in Kraft gesetzt wird, daß aber neue Ausführungsbestimmungen erlassen werden, die sowohl vom Generalkommando wie auch vom Vollzugsausschuß für Westpreußen unterzeichnet werden.

Auch die neuen Ausführungsbestimmungen scheinen den Widerspruch des Soldatenrates in Danzig zu finden, der in seiner heutigen Sitzung einen Antrag, diese neuen Ausführungsbestimmungen nicht anzuerkennen, zurückstellte, bis die Ausführungsbestimmungen im Korpsverordnungsblatt veröffentlicht werden, was in den nächsten Tagen geschehen soll.

B. D. Danzig, 19. Februar. Im Konflikt zwischen dem Generalkommando und dem Vollzugsausschuß in Danzig, über die Kommandogewalt, ist, wie gemeldet, dahin eine Einigung erzielt worden, daß der Kommandovertrag der Regierung für das 17. Armeekorps in Kraft tritt, dagegen die Zusage des Generalkommandos durch neue, auch vom Vollzugsausschuß genehmigte Ausführungsbestimmungen ersetzt werden. Die Wahl des Korpsoldatenrates findet am 28. Februar in Danzig statt. Sämtliche Arbeiterräte und Vertrauensleute, die bei der Neuordnung nicht mehr vorgelesen sind, gelten mit der Befanntgabe der Verfügung als aufgelöst. („Post.“)

### Das Ende der Soldatenräte in Braunschweig.

B. D. Braunschweig, 19. Februar. Die Verhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Landtagsfraktionen haben jetzt zu einer Einigung geführt. In Braunschweig wird eine rein sozialistische Regierung auf paritätischer Grundlage gebildet. Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat hat der vorgeschlagenen Einigung zugestimmt und eine entsprechende Verfassung beschlossen. Sämtliche Volkskommissare und der Präsident legen darauf ihr Mandat in die Hand des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates zurück. Nach den neuesten Beschlüssen wird es vom 1. April ab in Braunschweig Soldatenräte nicht mehr geben, dagegen bestehen die Arbeiterräte vorläufig weiter. Diese werden im nächsten Monat neu gewählt. Die Regierungsgewalt liegt jetzt beim Landtag, der die Volksbeauftragten zu wählen hat. Dem Landes-Arbeiterrat steht das Recht des ausschließenden Einspruchs gegen Beschlüsse des Landtags zu. Der Landtag wird heute zu einer Neuorganisation der Arbeiterräte und der Volksbeauftragten in das Kabinett und aus dem Arbeiterrat werden die bürgerlichen Abgeordneten nicht zurückgezogen, sondern, da 31 Sozialdemokraten von den bürgerlichen Wählern 29 Abgeordnete entgegengestellt werden. („D. Z.“)

### Hindenburg.

Ueber ein Gespräch mit dem Generalfeldmarschall Hindenburg in Wilhelmshöhe berichtet die sozialdemokratische „Ameisende Zeitung“. In der zweiten Sitzung der Nationalversammlung traf mich der Wunsch Koske, vorübergehend als Vertreter der Reichsregierung in das Große Hauptquartier zu reisen. So ging es denn nach Kassel zur Wilhelmshöhe hinauf. Das Hauptquartier ist im Aufbruch. Morgen nachmittag fährt der Feldmarschall nach der Stadt Kasselbecks an der Ohreklüfte. Die Polen und die Bolschewisten zwingen uns den militärischen Grenzschutz im Osten auf. Generalleutnant Gröner, mit dem der Regierungsdirektor sonst zu arbeiten pflegt, ist in Berlin. Der Feldmarschall selbst läßt mich daher rufen. Das kleine Arbeitszimmer des Feldmarschalls wird beherrscht von der monumentalen Figur des Mannes. Auch ohne die Gewißheit, vor einer weltgeschichtlichen Persönlichkeit zu stehen, würde man dem Helden, der sein Greisentum straff aufgerichtet trägt, mit Achtung nahen. Wer nicht in Höhe und Breite über das Mittelmaß hinausgeht, verschwindet körperlich neben diesem Roloß von einem Mann. Sein Willkommengruß ist von einer ehrlichen Herzlichkeit. Er zollt den Abgeordneten, die vor mir die Regierung im Hauptquartier vertreten, seine Anerkennung. Dann wird das Gespräch politisch. Hindenburg legt offensichtlich Wert darauf, gleich in den ersten Minuten keinen Zweifel darüber zu lassen, daß er sich innerlich nicht gewandelt hat. Er bleibt den alten Richtlinien seines Lebens, seinen soldatischen Idealen, treu. Niemand wird das bezweifeln können; und wer möchte, daß dieser Mann seine Ueberzeugung von sich würde, wie es andere in den bewegten Novembertagen getan haben? Er macht auch kein Hehl daraus, daß er nur nach schweren Kämpfen in jener Novembertage an der Spitze des Heeres ausgehalten hat, und ebenso offen bekundet er, daß ihm seine Tätigkeit keine Befriedigung mehr bietet. Er arbeitet mächtig in den tiefen Jügen dieses grauen Soldatenkopfes, als er mit rauher Stimme in knappen Sätzen diese Bekenntnisse von sich gibt und mit fichtiger Ueberwindung seine politische Haltung entwickelt und begründet. Sein Wille, sagt er, sei es gewesen, abzutreten, sobald die Westfront zurückgewiesen sei. Er sei am Ende seiner Laufbahn und seines Lebens. Nun aber zwingen ihn das Anrücken im Osten, doch noch weiter auszuhalten. Er werde auch gegen diese neue Gefahr der Regierung dienen, wie er es für seine Pflicht halte. Seine Liebe gelte unermüdet unglücklichen getretenen deutschen Völkern. Davon sei sein Handeln geleitet. Daß dabei bittere Worte über die Desorganisation des deutschen Heeres fielen, wer will es dem alten Heerführer verbenken? Und wer wagte zu behaupten, daß das Durcheinander und Gegeneinander, das manche Soldatenräte anzurichten beabsichtigten, den sozialdemokratischen Forderungen einer disziplinierten Landesverteidigung entspräche? Der Feldmarschall und seine Offiziere beurteilen die Lage im Osten nicht, wenn keine gut disziplinierten Truppen zur Verfügung stehen. Andernfalls seien die östlichen Gegner leicht zurückzuwerfen. Wo die Disziplin fehlt, fehlt es an Mut und am Durchgreifen“, meinte der Feldmarschall. Den Soldatenräten ist man im Hauptquartier nicht freundlich, indes werden über die etwaige Beibehaltung und Tätigkeitsbegrenzung der Soldatenräte nicht die Generalführer, sondern die gelebenden Körperhaften zu bestimmen haben. Ob das Hauptquartier wirklich der Sitz von gegenrevolutionären Bestrebungen ist, wie so oft behauptet wurde? Die Herren berichten das Gegenteil, und die meisten scheinen zu flug, um solchen Spielereien nachzugehen. Monarchisten und Gegner des Sozialismus sind sie gewiß, aber eben so gewiß scheint mir, daß Hindenburg mit patriotischen Plänen sich nicht abgibt. Er macht einen recht unpolitischen Eindruck, und war politisch wohl ebenso von Ludendorff beeinflusst, wie sein weikand oberster Kriegsherr, der in Anmergen seines künftigen Schicksals harzt.